

Junge Union

Bildung und Wissen sind die wichtigsten Ressourcen und Grundlage für Innovationen, die Deutschlands Produktivitätsvorsprung, seine Innovationsfähigkeit, seine Stellung als Exportweltmeister und somit unseren Wohlstand sichern. Ein freier und gerechter Zugang zur Bildung ist der Schlüssel zu einer nachhaltigen und generationengerechten Gesellschaft. Der JU-Bundesvorstand hat für die inhaltliche Arbeit die Kommission Bildung und Forschung eingesetzt. Vorsitzender der Kommission ist Pascal Reddig, Stellvertreterin ist Bianca Schulz (Sachsen).

ju@junge-union.de

Paul Zimiak, LV NRW ist Bundesvorsitzender

Pascal Reddig kommt aus dem Landesverband Hessen

Bianca Schulz kommt aus dem Landesverband Sachsen und Niederschlesien

Jürgen Kornmann – Bildungsreferent juergen.kornmann@junge-union.de

Positionen:

<https://www.junge-union.de/themen/bildung-forschung-und-innovation> (abgerufen am 22. 04. 2019)

Förderschulen müssen erhalten bleiben:

Anlässlich der Veröffentlichung des diesjährigen nationalen Bildungsberichts erklären die stellvertretende Bundesvorsitzende und bildungspolitische Sprecherin, Astrid Wallmann MdL, und die wissenschaftspolitische Sprecherin, Kristina Scherer:

„Der aktuelle Bericht ‚Bildung in Deutschland 2014‘ zeigt deutliche Verbesserungen im deutschen Bildungssystem. Die Fortschritte bei der Integration lernschwacher und behinderter Schüler dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Inklusion unser Land vor enorme Herausforderungen stellt. Gemeinsam mit den Autoren des Berichts **lehnt die Junge Union Deutschlands daher eine generelle Schließung von Förderschulen ab.**

Der jüngst veröffentlichte Bildungsbericht 2014 bestätigt viele positive Entwicklungen im Bildungssystem. Der Bildungsstand in Deutschland steigt kontinuierlich an, der Hochschulstandort Deutschland ist attraktiv wie nie zuvor und immer mehr Menschen nutzen die angebotenen Weiterbildungsangebote. Im Bereich der Inklusion gibt es in Deutschland ein gut ausgebautes System, um behinderten Menschen eine Teilhabe zu ermöglichen. Nichtsdestotrotz liegen gerade in diesem Feld enorme Herausforderungen.

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die sonderpädagogische Förderung brauchen, ist in den vergangenen Jahren konstant geblieben, ihr Anteil aber bei sinkender Schülerzahl gestiegen. Ein Großteil der rund 493.000 Schüler mit besonderem Förderungsbedarf besucht eine Förderschule. Die Autoren des Bildungsberichts warnen vor einer Überlastung der verbleibenden Schulstrukturen, sollten die Förderschulen geschlossen werden.

Behinderte Menschen dürfen nicht benachteiligt oder ausgegrenzt werden. Wir wollen die Inklusion von Menschen mit Behinderung in allen Bereichen vorantreiben. Das ist uns ein fundamentales Anliegen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Bildung und Ausbildung zu. Jeder Schüler, ob mit oder ohne Behinderung, soll die ihm gemäße bestmögliche Förderung erfahren. Gegebenenfalls beinhaltet dies den Besuch einer Förderschule.

Der aktuell Bildungsbericht ist abrufbar unter:

http://www.bildungsbericht.de/daten2014/bb_2014.pdf

Schulstrukturdebatten beenden!

Vor dem Hintergrund der Veröffentlichung einer Studie zu den Auswirkungen der frühen

Differenzierung im deutschen Schulsystem erklärt die stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union und bildungspolitische Sprecherin, Astrid Wallmann MdL:

„Die endlosen Schulstrukturdebatten müssen ein Ende haben. Die aktuelle Studie zum deutschen Schulsystem belegt dessen Qualität und hohe Durchlässigkeit. Vor allem die vertikale Offenheit des Systems ist stark ausgeprägt. Dies kommt insbesondere Kindern aus bildungsferneren Schichten zugute. Die Junge Union spricht sich klar für die **Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems und eine Differenzierung der Schüler nach der vierten Klasse** aus.

Die kürzlich veröffentlichte Studie zu den Bildungsbiographien ehemaliger Realschüler und Gymnasiasten belegt, dass die Differenzierung der Schüler nach vier Grundschuljahren in unterschiedliche Schulformen nicht zu einer Verminderung ihrer Bildungschancen führt. Im Gegenteil liegt die Stärke des dreigliedrigen Schulsystems darin, dass die Lerninhalte auf die unterschiedlichen Begabungen der Schüler abstellen. Die Flexibilität des Systems erlaubt den Schülern einen späteren Wechsel zwischen den Schulformen. Schüler, die erst im späteren Verlauf ihrer Schullaufbahn das Gymnasium besuchen, haben keine Nachteile bei Beschäftigung, Lohnniveau und Bildungsstand. Die Autoren der Studie plädieren dafür, weiter an der bereits hohen Durchlässigkeit des deutschen Schulsystems zu arbeiten, anstatt einen ideologiegeleiteten Umbau des Systems zu forcieren.

Die Junge Union Deutschlands bekennt sich zum dreigliedrigen Schulsystem aus Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen. Eine Zusammenlegung von Real- und Hauptschulen lehnen wir ab. Alle drei Schulformen des etablierten Schulsystems tragen gleichermaßen zu einer bestmöglichen individuellen Förderung der Schüler bei. Statt endloser Schulstrukturdebatten brauchen wir mehr Qualität und besseren Unterricht. Dazu sind kleinere Klassen, gut ausgebildete und genügend Lehrer, einheitliche Lehrpläne, eine Aufstockung der Schulsozialarbeiter und -psychologen sowie eine bedarfsgerechte materielle Ausstattung notwendig.

Über die Studie: Die Analyse „The Long-Term Effects of Early Track Choice“ der Wirtschaftsprofessoren Christian Dustmann, Patrick Puhani und Uta Schönberg basiert auf umfangreichen Zensus- und Sozialversicherungsdaten der Geburtsjahrgänge 1961-1976. Sie konzentriert sich auf den Werdegang von Realschülern und Gymnasiasten, deren Leistungen an der Schwelle zwischen beiden Schulformen lagen. Die Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) ist abrufbar unter <http://ftp.iza.org/dp7897.pdf> “

Bundeseinheitliche Reform des Elternwillens beim Übergang zur weiterführenden Schulen

Beschluss des Deutschlandtages vom 16. bis 18. Oktober 2015 in Hamburg

Die Junge Union Deutschlands spricht sich für eine bundeseinheitliche Reform des Elternwillens beim Übergang zur weiterführenden Schule aus und fordert die Kultusministerkonferenz auf, eine Regelung zu schaffen, zu einem leistungsgerechteren Modell, das die eigentliche Kompetenz des Kindes und nicht den subjektiven Wunsch der Eltern in den Vordergrund stellt.

Der objektiveren Grundschullehrerempfehlung muss mehr Gewicht beigemessen werden und so sehen wir es als unerlässlich an, Schülern, die eine höhere Schulform anstreben, als es der Grundschullehrer empfiehlt, einem Eignungstest zu unterziehen.

Ja zur Erhaltung der Hauptschule!

Beschluss des Deutschlandtages in Braunschweig vom 21. bis 23. Oktober 2011

Die Junge Union Deutschlands bekennt sich zum dreigliedrigen Schulsystem aus Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen. Eine Zusammenlegung von Real- und Hauptschulen lehnen wir ab. Die Junge Union Deutschlands setzt sich auf dem CDU-Bundesparteitag im November dafür ein, dass dem Vorhaben der CDU-Bundesspitze, ein zweigliedriges Schulsystem in der Programmatik der Union zu verankern, eine klare Absage erteilt wird.

Alle drei Schulformen des etablierten Schulsystems tragen gleichermaßen zu einer bestmöglichen individuellen Förderung der Schüler bei. Gerade der Hauptschule kommt als berufsorientierter und

praxisbezogener Bildungsgang dabei eine wichtige Aufgabe zu. Sie ist eine wichtige Stütze des deutschen Handwerks. Um die bestehenden Problemen an Hauptschulen zu lösen, ist eine Weiterentwicklung und Spezialisierung dieser Schulform hin zu einer noch stärkeren Berufsorientierung notwendig.

Eine Zusammenlegung mit der Realschule bewirkt genau das Gegenteil: Statt einer stärkeren Spezialisierung wird eine Gleichmacherei erreicht, die zudem die gut funktionierende Schulform der Realschule ohne Not gefährdet. Die Junge Union Deutschlands tritt solchen Entwicklungen entschieden entgegen.

Dem Problem, dass es in einigen Gegenden zu wenige Anmeldungen in den fünften Klassen der Hauptschulen gibt, ist durch eine leistungsgerechtere Verteilung der Schüler auf die unterschiedlichen Schulformen nach der Grundschule entgegenzutreten. Es ist nicht zufriedenstellend, dass viele Eltern ihre Kinder auf Realschule und Gymnasium anmelden, obwohl diese Schulformen mit ihren spezifischen Anforderungen ungeeignet sind.

Differenzierte Bildung in einer vielfältigen Gesellschaft – gegen eine Schulpolitik der Gleichmacherei

Beschluss des Deutschlandrates der Jungen Union in Paderborn am 12. März 2005

(...)

Schulische Bildung differenzieren – Gleichmacherei verhindern

Weil die Junge Union sich zur Chancengerechtigkeit bekennt und alle Versuche einer ideologisch motivierten Gleichmacherei ablehnt, **unterstützen wir das dreigliedrige Schulsystem** als differenziertes Bildungskonzept, in dem jeder Schüler so gefördert werden kann, wie es seinen individuellen Fähigkeiten und Neigungen entspricht. Deshalb **lehnen wir die Einführung von Einheitsschulen rigoros ab und setzen auf das bewährte dreigliedrige Schulsystem**, ergänzt um mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb der Bildungsträger sowie um eine größere Leistungsorientierung der Ausbildung. Dort **wo es noch Gesamtschulen gibt, sollen diese mit den Hauptschulen zu einer Aufbauschule fusioniert werden.**

(...)